

Jochen Roose

BBE Europa-Nachrichten 2/2011

Auf dem Weg zur Demokratie? Entstehung und mögliche Entwicklungsrichtungen der Protestbewegungen in Nordafrika¹

Zu Beginn des Jahres 2011 sind eindrucksvolle revolutionäre Protestbewegungen in einer Reihe nordafrikanischer Staaten entstanden. Politische Systeme, die über Jahrzehnte stabil waren, kommen plötzlich unter Druck. Die Unterdrückungsmaschinerie von Diktaturen verliert plötzlich ihre Wirkung. Scheinbar konsolidierte Herrschaftssysteme kommen binnen Wochen und Tagen ins Wanken oder fallen (in Teilen oder vollständig) in sich zusammen.

Die Faszination und Neugier für diese Prozesse mit potenziell revolutionärem Charakter steht in einem deutlichen Widerspruch zur Informationsmenge und Qualität. Man hat die Proteste nicht kommen sehen, die Einschätzung der neu entstandenen Lage ist ausgesprochen schwierig und unsicher. Dafür gibt es zwei Gründe. Erstens sind Protestbewegungen und Revolutionen als solche sehr komplex (vgl. z.B. Goldstone 2001; Snow u.a. 2007). Singuläre, scheinbar zufällige Ereignisse und Entwicklungen können das Gesamtereignis in seinem Verlauf entscheidend beeinflussen. Revolutionen lassen sich vermutlich grundsätzlich nicht prognostizieren. Hinzu kommt die Beschränktheit des Informationszugangs. Um Prozesse prognostizieren oder auch nur zeitnah analysieren zu können, braucht es verlässliche Informationen. Gerade bei Diktaturen ist dies oft ausgeschlossen. Sozialwissenschaft, selbst journalistische Berichterstattung unterliegt in unfreien oder beschränkt freien Systemen umfangreichen Beschränkungen. Die berechtigte Neugier auf Details und Hintergründe von (potenziell) revolutionären Entwicklungen muss deshalb zumindest in großen Teilen unbefriedigt bleiben und realistische Prognosen sind prinzipiell unwahrscheinlich.

Die Neugier bleibt aber und manches lässt sich eben doch sagen. Die Idee dieses Beitrags ist eine Zusammenstellung von zugänglichen Informationen im Zusammenhang mit den Protestbewegungen in Nordafrika. Eine Erklärung der Entwicklung, ein Test von Revolutionstheorien oder gar Prognosen für die weitere Entwicklung werden hier definitiv nicht angestrebt. Der Ansatz ist bescheidener. Es geht eher darum zusammenzutragen, was wir mit Blick auf die Entstehung der Protestbewegungen wissen können. Die Theorien zu sozialen Bewegungen und Revolutionen haben vier relevante Bereiche, gewissermaßen vier Blickrichtungen entwickelt, um die Entstehungsbedingungen zu identifizieren. Erstens wird nach Protestursachen gefragt. Vor

¹ Teile dieses Beitrags finden sich in einer ausführlicheren Form im Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Heft 1/2011. Vgl. für Bezugsmöglichkeiten auch www.forschungsjournal.de

allem wirtschaftliche Entwicklungen, aber auch mangelnde politische Einflussmöglichkeiten können hier entscheidend sein. Zweitens geht der Blick auf die Werte und Einstellungen der Menschen. Wie beurteilen sie ihre Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen? Sind sie bereit, sich für Veränderungen einzusetzen? Drittens ist die Infrastruktur für Protestmobilisierung von Bedeutung. Hier spielen Netzwerke eine große Rolle. Viertens sind die politischen Rahmenbedingungen entscheidend. Dieser Punkt bezieht sich vor allem auf die (wahrgenommene) Repressionsfähigkeit und Bereitschaft des Regimes. Allerdings ist die Wirkung von Repression schwierig einzuschätzen, denn Repression kann Proteste nicht nur behindern, sondern auch fördern, wenn die Empörung und Wut dadurch angestachelt wird. Daneben verstärken sich Protestmobilisierungen verschiedener Länder gegenseitig. Auf die zwei zuletzt genannten Punkte kann ich hier nicht näher eingehen. Stattdessen konzentriere ich mich auf Fragen der wirtschaftlichen und politischen Unzufriedenheit sowie der Protestbereitschaft.²

Darüber hinaus soll der Blick in die Zukunft gerichtet werden. Die Folgen von revolutionären Bewegungen lassen sich natürlich noch weniger prognostizieren als ihre Entstehung oder ihr Verlauf. Auch hierfür fehlt es an Detailwissen, zudem können sich die Entwicklungen sehr kurzfristig, abhängig von einzelnen Personen und Zufälligkeiten, gravierend ändern. Dennoch liegt natürlich die Frage auf der Hand, ob wir in Nordafrika mit einer demokratisierenden Entwicklung rechnen können, oder ob solche Hoffnungen unrealistisch sind. Daher soll hier auch – soweit möglich – diskutiert werden, welches politische Regime die Menschen in Nordafrika anstrebenwert finden und was sie sich unter Demokratie vorstellen.

Datenquellen

Zur Analyse werden eine Reihe unterschiedlicher Datenquellen herangezogen. Ländereigenschaften, sogenannte Makrodaten, über einen längeren Zeitraum sind in den Africa Development Indicators der Weltbank zu finden.³ Sehr aktuelle Daten, die allerdings durchweg auf Schätzungen beruhen, bietet das CIA World Factbook an.⁴ Dazu nutze ich eine ländervergleichende Bevölkerungsumfrage, den World Values Survey (WVS).⁵ Umfragen in unfreien oder nur bedingt freien Ländern sind ausgesprochen selten. Umso wertvoller sind nun die Ergebnisse des WVS. Allerdings finden sich in der Umfrage nur einzelne Länder Nordafrikas, wobei in zwei Fällen allerdings zu zwei verschiedenen Zeitpunkten befragt wurde. Die Länder sind Algerien

² Ausführlicher und vollständiger sind diese Fragen in dem genannten Artikel im Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Heft 1/2011 behandelt.

³ Vgl. data.worldbank.org/data-catalog [21.2.2011].

⁴ Vgl. <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/> [21.2.2011]. Wo es zeitliche Überschneidungen gibt, sind die Informationen aus beiden Quellen durchweg gleich oder sehr ähnlich.

⁵ Vgl. WORLD VALUES SURVEY 1981-2008 OFFICIAL AGGREGATE v.20090901, 2009. World Values Survey Association (www.worldvaluessurvey.org). Aggregate File Producer: ASEP/JDS, Madrid.

(2002), Marokko (2001, 2007) und Ägypten (2000, 2008). Beiden konkreten Fragen gibt es immer wieder Lücken, gerade bei besonders brisanten oder interessanten Fragen. Eine unfreie Gesellschaft kennt auch keine freie Sozialforschung. Zudem sollte man die Gesamtsituation der Befragung in diesen Ländern im Hinterkopf behalten. In einer unfreien Gesellschaft bei einer Umfrage ausnahmslos von authentischen Antworten auszugehen, wäre naiv. Nun können systemkonforme Antworten aber einerseits bedeuten, dass die Menschen tatsächlich das gegenwärtige politische System unterstützen, sie können andererseits ein Hinweis auf die unterstellte Macht der Repression sein. Dies lässt sich nicht entscheiden. Trotz dieser Einschränkungen sind die Umfrageergebnisse hoch interessant. Es ist ein seltener und für die Sozialwissenschaft ausnehmend günstiger Umstand, überhaupt Befragungsergebnisse aus einer Diktatur vor einem Umsturz zur Verfügung zu haben.

Wirtschaftliche und politische Unzufriedenheit

In Revolutionstheorien wird vielfach auf ökonomische oder politische Krisenentwicklungen als Ursache für Revolutionen verwiesen. Eine Verschlechterung der Lage macht demnach Protest wahrscheinlicher (Goldstone 1991). Eine wirtschaftliche Verschlechterung lässt sich für die Länder Nordafrikas aber nicht feststellen.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftstandards in nordafrikanischen Ländern, 1985-2010

	World Bank						CIA World Factbook		
	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2008	2009	2010
Ägypten	2954	3184	3405	3992	4319	5006	5900	6000	6200
Algerien	6847	6215	5631	6087	7176	7425	7100	7200	7400
Libyen				11870	12560	14237	14000	13600	13800
Marokko	2485	2780	2661	2980	3589	4056	4500	4700	4900
Tunesien	3905	4019	4422	5444	6445	7391	9100	9300	9500

Quellen: The World Bank - online - Africa Development Indicators - data.worldbank.org/data-catalog [21.2.2011]; CIA World Factbook - cia.gov/library/publications/the-world-factbook/ [21.2.2011].

Die Länder können durchweg auf eine längere Phase ökonomischen Wachstums zurückblicken, das sogar mit dem erheblichen Bevölkerungswachstum Schritt halten konnte. Auch eine deutliche Verschärfung sozialer Ungleichheit lässt sich nicht beobachten. Nach den lückenhaften Daten von Weltbank und CIA World Factbook hat nur in Marokko die Ungleichheit leicht zugenommen, in den übrigen Ländern ist sie eher geringer geworden. Auch ist das Niveau der sozialen Ungleichheit in diesen Ländern nicht ungewöhnlich hoch.⁶ Auch in der Beurteilung der Menschen selbst,

⁶ Der Gini-Index, mit dem soziale Ungleichheit gemeinhin angegeben wird, ist zwar in den betrachteten Ländern durchweg höher als in europäischen Ländern, aber geringer als in den USA.

wie sie in Marokko und Ägypten geäußert wird, ist die finanzielle Situation nur für rund 20 Prozent der Bevölkerung ein Grund für Unzufriedenheit. Diese Daten lassen sich eher nicht als Ursache für die Mobilisierungen identifizieren.

Problematischer als die Situation der Gesamtbevölkerung ist allerdings die Lage der Jüngeren, die in vielen Fällen und scheinbar auch aktuell in Nordafrika Proteste maßgeblich tragen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in den nordafrikanischen Ländern weit über dem Landesdurchschnitt, mit Quoten bis zu geschätzten 30 Prozent. Allerdings deuten die spärlichen Informationen ebenfalls nicht auf eine Verschärfung der Lage hin.

Neben der wirtschaftlichen ist die politische Situation, insbesondere in der Sicht der Bürger, interessant. Die Zufriedenheit mit den Regierenden ist in den Ländern Nordafrikas sehr unterschiedlich. In Algerien ist die Unzufriedenheit erheblich. Nur 3 Prozent der Befragten sind sehr zufrieden, ein weiteres Viertel ist einigermaßen zufrieden. Die große Mehrheit ist unzufrieden. Das andere Extrem ist in Ägypten zu finden. Hier geben 40 Prozent der Befragten an, sehr zufrieden zu sein. Die Hälfte der Befragten ist einigermaßen zufrieden. Marokko liegt zwischen diesen beiden Extremen.

Die Interpretation dieser Befunde bleibt ambivalent. Die Wirtschaftsdaten zeigen zum Teil erhebliche wirtschaftliche Probleme und vor allem eine schwierige Lage für Jugendliche an. Allerdings gibt es keine Verschärfung. Auch die subjektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation gibt kein klares Anzeichen für eine weite Verbreitung und deutliche Zunahme von Unzufriedenheit. Anders sieht es bei der Unzufriedenheit mit der politischen Situation aus. Insbesondere in Algerien zeigt die Umfrage im Jahr 2001 weit verbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System und den Amtsinhabern. Ganz anders ist es dagegen in Ägypten, wo Zufriedenheit weit verbreitet ist. Nun war aber gerade Ägypten das Land, in dem die Proteste besonders stark waren und zur Ablösung von Mubarak führten. Hier könnte es in den Jahren nach der Befragung zu Enttäuschung gekommen sein, die gerade deshalb zu Protesten führt, weil die Erwartungen auf Verbesserung so groß waren. Dies muss aber mangels Daten Spekulation bleiben.

Interesse an Politik und Protestbereitschaft

In Algerien und Marokko war das Interesse an Politik 2002 bzw. 2001 verhalten. Die Mehrheit war nicht sehr oder gar nicht an Politik interessiert. Wir finden in diesen Ländern eine weitgehende politische Apathie. In Marokko hat das politische Interesse 2007 leicht zugenommen, bleibt aber auf niedrigem Niveau. In Ägypten ist die Entwicklung andersherum. In der Umfrage von 2000 sagt fast die Hälfte der Bevölkerung, sie interessiere sich für Politik. In der zweiten Umfrage von 2008 hat der Anteil an sehr Interessierten um fünf Prozentpunkte abgenommen. Stattdessen haben die überhaupt nicht Interessierten um fünf Prozentpunkte zugenommen. Hier ist also

eher eine Entpolitisierung zu beobachten. Anders sieht es aber bei den jungen, hoch gebildeten Städtern aus.⁷ Nicht nur ist in dieser Gruppe das politische Interesse deutlich höher, was angesichts allgemeiner Befunde kaum überrascht, sondern es hat in Ägypten zwischen 2000 und 2008 in dieser Gruppe sogar noch etwas zugenommen.

Das Muster dieser Ergebnisse wiederholt sich bei der Frage, ob man an friedlichen Demonstrationen teilgenommen habe bzw. sich eine Teilnahme vorstellen könne. Die Hälfte der befragten Algerier hat in der letzten Zeit an einer friedlichen Demonstration teilgenommen oder würde es tun. In Marokko sind es 40 Prozent und die aktive Demonstrationsteilnahme nimmt 2007 sogar noch etwas zu. In Ägypten dagegen haben 2000 kaum Befragten an Demonstrationen teilgenommen (2,5 Prozent) und auch nur wenige können sich eine Teilnahme vorstellen (15 Prozent). Diese Anteile gehen 2008 noch einmal etwas runter. Bei den jungen, hoch gebildeten Städtern Ägyptens sieht es aber wiederum anders aus. Im Jahr 2000 unterschieden sie sich nicht von der Gesamtbevölkerung, aber 2008 geben immerhin 9,2 Prozent von ihnen an, bei einer Demonstration dabei gewesen zu sein und weitere 22 Prozent können sich eine Teilnahme vorstellen. In dieser Zeit ist die Politisierung der jungen, hoch gebildeten Städter in Ägypten zu beobachten, während in der Gesamtbevölkerung die politische Apathie zunimmt.

Die Einstellungen der Menschen zu Politik und politischer Partizipation sind in den drei betrachteten Ländern recht unterschiedlich. In Algerien und Marokko finden wir 2002 bzw. 2001 weitgehende politische Apathie, die aber in Marokko 2007 einer zumindest leichten Politisierung weicht. In der ägyptischen Gesamtbevölkerung ist die Bewegung andersherum von einer umfangreich politisch interessierten und zumindest bei Petitionen auch partizipationsbereiten Bevölkerung im Jahr 2000 hin zu einer weitgehend apathischen Gesellschaft, in der sich die jungen, hoch gebildeten Städter politisieren und eine Teilnahme von ansonsten weitgehend abgelehnten Demonstrationen vorstellen können. Hier mag sich die Entwicklung einer Protestbereiten Generation abzeichnen.

Mögliche Ziele des Protests

Genauso wie sich Protestbewegungen und Revolutionen praktisch nicht vorhersagen lassen, so sind auch die Ergebnisse von Protestbewegungen kaum zu prognostizieren. Vielfach werden mit Revolutionen Hoffnungen auf eine Demokratisierung verbunden und die Protestierenden in Nordafrika selbst fordern mehr politische Mitsprache. Allerdings haben Massenbewegungen kein klar formuliertes Programm und selbst wenn eine breite Allianz gegen beispielsweise einen Machthaber möglich ist,

⁷ Als solche wurden Befragte unter 40 Jahren mit Universitätsbesuch aus Städten ab 20.000 Einwohnern festgelegt.

sind die Vorstellungen über die zukünftige Richtung oftmals sehr unterschiedlich und widersprüchlich. Zudem bieten revolutionäre Entwicklungen die Möglichkeit für lenkende Eingriffe einzelner charismatischer Persönlichkeiten. „The revolutionary breakdown of the former regime offers a uniquely fluid situation in which the new revolutionary leadership has choices as to how present itself, and how to rebuild the social and political order“ (Goldstone 2002: 214). Entsprechend hat eine Prognose über angestrebte Entwicklungen kaum Aussicht auf Erfolg. Es bleibt aber interessant zu ermitteln, welche Vorstellungen die Menschen in den Ländern von einer guten politischen Ordnung haben, ob sie beispielsweise Demokratie anstreben und was sie damit konkret verbinden. Dazu gibt die bereits oben genutzte WVS Umfrage zumindest schlaglichtartig Auskunft.

Demokratie als politisches System findet in allen drei betrachteten Ländern bei einer Mehrheit Unterstützung. In Algerien bezeichnen 2002 60 Prozent der Befragten eine demokratische Staatsform als sehr gut, in Ägypten sind es 2000 68 Prozent und in Marokko halten 2001 sogar 81 Prozent der Menschen die Demokratie für sehr gut. In den folgenden Jahren nimmt in Ägypten die Zustimmung zur Demokratie noch einmal zu auf 79 Prozent im Jahr 2008. In Marokko geht die Zustimmung allerdings etwas zurück auf 75 Prozent. Nimmt man noch die Befragten hinzu, die Demokratie als ziemlich gut bezeichnen, kommt man in allen Ländern und zu beiden Zeitpunkten auf Zustimmungsraten über 90 Prozent. Wie kaum ein anderes Konzept in der Welt, genießt Demokratie fast unwidersprochen Zustimmung.

Doch hinter dem Schlagwort der Demokratie können sich unterschiedliche Ideen verbergen, und das Bekenntnis zur Demokratie kann unterschiedlich belastbar sein. Im WVS werden deshalb neben der allgemeinen Unterstützung der Demokratie eine Reihe weiterer Fragen gestellt, mit denen sich die Intensität und Art der Demokratieunterstützung weiter spezifizieren lassen. Zunächst ist da die Frage nach der Zustimmung zu einer Regierung durch das Militär, also letztlich einer Militärdiktatur. Diese Regierungsform genießt in Algerien und Marokko zunächst wenig Unterstützung. In Algerien (2002) halten 19 Prozent eine Regierung durch das Militär für recht gut oder sehr gut, in Marokko sind es im Jahr 2001 15 Prozent. Dieser Anteil steigt allerdings bis 2007 auf immerhin 28 Prozent an. Dies ist immer noch keine Mehrheit, nun aber eine beträchtliche Minderheit. Anders ist es in Ägypten. Trotz einer Zustimmung zur Demokratie von 98 Prozent in Ägypten (2008) halten 57 Prozent der Bevölkerung eine Militärherrschaft für recht gut oder sehr gut.

Was die Menschen unter Demokratie verstehen, wurde in der fünften Welle des WVS abgefragt, also in Ägypten 2008 und in Marokko 2007. Dabei konnten die Antworten auf einer 10er-Skala mit den Polen „zwingend notwendiger Bestandteil von Demokratie“ und „kein notwendiger Bestandteil von Demokratie“ abgestuft werden, wobei ich mich hier jeweils auf die drei äußeren Ausprägungen konzentriere (Tabelle 2).

Tabelle 2: Zustimmung als notwendiger Bestandteil von Demokratie in Prozent

	Ägypten (2008)	Marokko (2007)
Politische Führer werden in freien Wahlen bestimmt	91,3	73,2
Bürgerrechte schützen gegen Unterdrückung	75,4	65,0
Frauen haben gleiche Rechte wie Männer	63,5	65,2
Gesetze können in Referenden geändert werden	83,2	71,8
Regierung besteuert Reiche und unterstützt Arme	78,6	55,5
Arbeitslose erhalten Unterstützung	51,3	71,3
Die Wirtschaft prosperiert	83,1	70,7
Kriminelle werden hart bestraft	71,7	78,2
Wenn die Regierung inkompetent ist, übernimmt das Militär die Macht	46,1	16,5
Gesetze werden durch religiöse Autoritäten interpretiert	66,1	31,2

Quelle: WORLD VALUES SURVEY 1981-2008 OFFICIAL AGGREGATE v.20090901, 2009. World Values Survey Association (www.worldvaluessurvey.org). Aggregate File Producer: ASEP/JDS, Madrid.

Die konkreten Nachfragen machen deutlich, dass die Befragten mit dem Begriff der Demokratie nicht unbedingt die Staatsform verbinden, die in der OECD-Welt vorherrscht. Der vermutlich zentralste Punkt von Demokratie, die freie Wahl der politischen Amtsträger wird von über 90 Prozent der Ägypter als notwendiger Bestandteil von Demokratie angesehen. Doch in Marokko sind nur 73 Prozent dieser Ansicht. Und schon der Schutz durch Bürgerrechte oder gleiche Rechte für Männer und Frauen wird nur noch von zwei Dritteln der Befragten als Kernbestandteil von Demokratien angesehen.

Soziale Rechte, wie die Umverteilung von Reichen zu Armen und die Unterstützung Arbeitsloser, wird in beiden Ländern jeweils von einer Mehrheit als notwendiger Bestandteil von Demokratien angesehen. Auch eine erfolgreiche Wirtschaft und die strenge Bestrafung Krimineller ist für einen Großteil der Befragten in beiden Ländern ein Aspekt von Demokratie. Hierbei mag noch offen sein, ob die als Bestandteil von Demokratie angesehen wird, wie die Frage eigentlich intendiert, oder doch als ein Ergebnis verstanden wurde. In klarem Widerspruch zu jeder Demokratietheorie stehen allerdings eine Machtübernahme des Militärs bei unfähigen Regierungen und die Interpretation von Gesetzen durch religiöse Autoritäten. Dennoch werden in Ägypten und etwas weniger in Marokko diese Aspekte von einem beachtlichen Bevölkerungsanteil als Bestandteil von Demokratie angesehen. Die inhaltliche Füllung des Konzepts Demokratie entspricht also in den beiden Ländern, die hier untersucht werden

konnten, nicht unbedingt westlichen Vorstellungen, zum Teil werden explizit undemokratische Ideen mit der Demokratie verbunden.⁸

Wenn die Menschen in Marokko und Ägypten Demokratie fordern, dann haben sie etwas anderes im Sinn als die Menschen in den westlichen Ländern (vgl. dazu z.B. Gerhards/Hölscher 2005: 203ff.). Einigkeit besteht in Hinblick auf die Demokratievorstellungen in diesen Ländern wohl nicht. Nun sind Marokko und Ägypten nur zwei der nordafrikanischen Länder, über die übrigen gibt es keine oder im Falle Algeriens nur eingeschränkte Informationen. Doch die Ergebnisse sollten als Warnung gelesen werden, bei der Forderung nach Demokratie allzu schnell von unseren Demokratievorstellungen auszugehen.

Fazit

Bereits seit Tagen halten die Proteste in Nordafrika die Welt in Atem. Weitgehend überraschend kam es zum Anfang des Jahres zu Massenprotesten, erst in Tunesien und dann in immer weiteren Ländern. Bewegungs- und Revolutionstheorien tun sich schwer, solche Entwicklungen zu prognostizieren, nicht zuletzt weil die wesentlichen Informationen dazu kaum zugänglich sind. In unfreien Gesellschaften müssen Strukturen der Protestmobilisierung geheim bleiben, Umfragen gibt es kaum, und in den seltenen Fällen ist die Ehrlichkeit der Antworten mit Sicherheit eingeschränkt. Angesichts dieser Schwierigkeiten eine solide Analyse und fachkundige Erklärung der Geschehnisse zu erwarten, wäre unrealistisch.

Der Anspruch dieses Beitrags war bescheidener. Es ging darum, relevante Informationen zu sammeln, die sofern möglich eine Einschätzung relevanter Einflüsse erlaubt. Dabei hat sich abgezeichnet, dass eher Unzufriedenheit mit der politischen Situation als Auslöser für die Proteste plausibel erscheint und nicht so sehr wirtschaftliche Gründe, wenn auch zumindest die jungen Menschen durch hohe Arbeitslosigkeit in einer wirtschaftlich recht problematischen Lage zu sein scheinen. In Hinblick auf politisches Interesse und Bereitschaft zu Partizipation unterscheiden sich die hier betrachteten Länder. Während in Marokko das politische Interesse und die Demonstrationsbereitschaft gestiegen sind, ging beides in Ägypten zurück, nahm aber bei den hoch gebildeten Jungen in den Städten zu. Hier könnte das Mobilisierungspotenzial der Proteste zu finden sein.

Die Frage, wohin die Proteste führen, muss aus offensichtlichen Gründen offen bleiben. Interessant sind hier aber die Befragungsergebnisse, die zumindest für Marokko und Ägypten zu den Vorstellungen über Demokratie vorliegen. Hier zeigen sich recht deutliche Abweichungen von den klassischen westlichen Ideen, wie sie in den De-

⁸ Mit diesen Angaben wird auch verständlich, warum viele in Ägypten sowohl der Demokratie als auch der Regierung durch das Militär zustimmen. Für einen erheblichen Anteil der Ägypter ist beides offensichtlich kein Widerspruch, sondern gehört notwendig zusammen.

mokratietheorien formuliert werden (z.B. Lauth 1997). Auch klar anti-demokratische Elemente, wie ein Einschreiten des Militärs bei „unfähigen“ Regierungen oder eine starke Rolle religiöser Führer, werden zumindest teilweise der Demokratie zugerechnet. Dies sollte man bedenken, wenn die bei den Protesten gestellten Forderungen als eine Wende hin zur Demokratie gesehen werden. Andererseits gilt auch, dass revolutionäre Veränderungen mit schnellen Änderungen einhergehen, nicht zuletzt auch in den Einstellungen und Werten der Menschen. Auch deshalb ist die zukünftige Richtung, die in den nordafrikanischen Ländern eingeschlagen wird, noch sehr schwer abzuschätzen.

Jochen Roose ist Juniorprofessor für Soziologie europäischer Gesellschaften am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin.

Literatur

Gerhards, Jürgen/Hölscher, Michael (2005): Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Goldstone, Jack A. (1991): Revolution and Rebellion in the Early Modern World. Berkeley: University of California Press.

Goldstone, Jack A. (2001): Toward a Fourth Generation of Revolutionary Theory. Annual Review of Political Science, Jg. 4, Heft S. 139-187.

Goldstone, Jack A. (2002): Theory Development in the Study of Revolutions. In: Joseph Berger/Morris Zelditch (Hg.): New Directions in Contemporary Sociological Theory. Lanham, Boulder u.a.: Rowman & Littlefield, S. 194-226.

Lauth, Hans-Joachim (1997): Dimensionen der Demokratie und das Konzept defekter und funktionierender Demokratien. In: Gerd Pickel/Susanne Pickel/Jörg Jacobs (Hg.): Demokratie. Entwicklungsformen und Erscheinungsbilder im interkulturellen Vergleich. Frankfurt/O., Bamberg: scripvaz, S. 33-54.

Snow, David/Soule, Sarah/Kriesi, Hanspeter (Hg.), 2007: The Blackwell Companion to Social Movements. Oxford: Blackwell.